

Bezugspreis:
Wochenblatt 36.- M., monatl. 12.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.- M., einjährig für
Kontingenzgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 2.- M. für
das übrige Ausland 2.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmels“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neungespaltene Nonpareilzeile
kostet 6.- M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 2.- M. (zu-
lässig zwei fertige Wörter), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenangebote
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 220 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 2, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15193-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 20. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Vorläufige Bekanntgabe des Genfer Spruches.

Paris, 20. Oktober. (E.E.) Der Beschluß der Vorkonferenz über Oberschlesien, der heute mittag dem deutschen Botschafter übergeben werden soll, wurde nur dadurch ermöglicht, daß die Alliierten, wie heute das „Journal“ schreibt, einen Winkelnzug machten, durch den der klare Wortlaut des Versailler Vertrages und gleichzeitig der Genfer Beschluß verwirklicht werden kann. Die Vorkonferenz beschloß, daß für den Augenblick die Entscheidung der Alliierten Deutschland und Polen nicht amtlich, sondern privatim bekanntgegeben werden soll.
Der Beschluß der Alliierten besteht in einem Einleitungs-schreiben und dem Wortlaut der Entscheidung der Alliierten, worin auch Empfehlungen über die Vorgangsweise enthalten sind, wie der Beschluß der Alliierten ins Leben treten könne. Der Einleitungsbrief erinnert an die Bedingungen, unter denen der Vertrag von Versailles in Oberschlesien die Volksabstimmung vorsah, an die Umstände, unter denen der Oberste Rat am 12. August den Völkerbund anrief, an die Gründe, die den Völkerbund dazu führten, außer einer neuen Grenze wirtschaftliche Empfehlungen zu erteilen, damit das Wirtschaftsleben des oberschlesischen Industriegebietes ungeföhrt fortbauere. Der Einleitungsbrief schließt mit der Versicherung, daß zwischen den Großmächten volles Einvernehmen herrsche und drückt den Wunsch der Alliierten aus, der Genfer Spruch möge von beiden Parteien beobachtet werden. Endlich kündigt der Schluß des Einleitungsbriefes nach

gemäß dem Friedensvertrag bekanntgeben, daß die beiden Staaten die ihnen zugewiesenen Gebietsteile in Besitz nehmen können. Wenn Deutschland oder Polen den Abschluß der wirtschaftlichen Abmachungen ablehnen sollte, würde die Uebergabe der fraglichen Gebiete an Deutschland und Polen hinausgeschoben werden. Erst wenn die Verwaltung des deutschen und des polnischen Teiles von Oberschlesien durch die Behörden beider Staaten sichergestellt ist, sollen die Nachbefugnisse der Interalliierten Kommission ein Ende nehmen.

Unter dem Vorsitz Duponts wird eine Unterkommission zur Festsetzung der oberschlesischen Grenze eingesetzt werden, die sich sofort nach Oberschlesien begeben und die neuen Grenzpfähle stecken wird. Deutsche und Polen müssen sich in einer Kontrollkommission vertreten lassen, deren Präsident ein Neutraler, der vom Völkerbund zu ernennen ist, sein wird.

Die Entscheidung in Oppeln bekannt.

Paris, 19. Oktober. (Havas.) Die Entscheidung der Alliierten ist bereits heute abend der Interalliierten Kommission in Oppeln mitgeteilt und die für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze gebildete Kommission ist beauftragt worden, unverzüglich mit der genauen Festlegung der neuen Grenzlinie in Oberschlesien zu beginnen.

Die Besetzung bleibt vorläufig.

Paris, 20. Oktober. (W.T.B.) Wie Bertinog im „Echo de Paris“ mitteilt, wird die Entscheidung nicht notifiziert, damit die Interalliierte Kommission nicht nach vier Wochen verschwinden muß. Man werde einfach den beiden interessierten Staaten die territoriale und die wirtschaftliche Entscheidung mitteilen. Die Notifizierung werde erst dann stattfinden, wenn alle Verträge, die erforderlich sind, abgeschlossen sind. Erst dann werde die Kommission in Oppeln und die militärische Besetzung zu Ende gehen.

Die Stimmung in Polen.

London, 19. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt, es seien heute aus Polen sehr befriedigende Nachrichten über Oberschlesien eingetroffen. Die polnischen Parteiführer teilten dem Minister des Auswärtigen mit, daß sie im Prinzip den Empfehlungen des Völkerbundes zustimmten. Die polnische Regierung hat auch versichert, daß sie ihr Möglichstes tun werde, um die Ausführung des Beschlusses des Völkerbundes durchzuführen. Sie hofft, daß die Empfehlungen schließlich eine gute Wirkung auf die polnisch-deutschen Beziehungen ausüben würden. Eine solche bestimmte Zusage ist bis jetzt aus Deutschland nicht nach London gelangt, doch glaubt man in gut informierten englischen Kreisen, daß die Warschauer Zusage in Deutschland beruhigend wirken wird.

Zwangsmassnahmen

für den Fall an, daß beide interessierten Mächte oder eine von ihnen es ablehnen sollten, sich dem Spruche der Alliierten zu fügen.
Der zweite Teil der Mitteilung, die heute dem deutschen Botschafter übergeben werden wird, umfaßt zunächst die Beschreibung der Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien. Sodann werden die provisorischen Maßnahmen wirtschaftlichen Charakters aufgezählt, die bestimmt sein sollen, die Schwierigkeiten im oberschlesischen Wirtschaftsleben der Industrie auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Deutschland und Polen werden eingeladen werden, innerhalb acht Tagen Bevollmächtigte zu ernennen, die Verhandlungen zum Abschluß dieser provisorischen Wirtschaftsempfehlungen führen sollen. Die beiden Regierungen sollen ferner sofort Vertreter für eine gemischte Kommission ernennen, die die Anwendung des neuen Systems in Oberschlesien erleichtern sollen.

Die offizielle Verlautbarung der Beschlüsse der Alliierten wird erst später erfolgen. Zuerst soll die neue Grenze festgesetzt werden, und erst wenn dies geschehen sein wird und die deutsche und die polnische Regierung den Alliierten die Versicherung gegeben haben, daß sie bereit seien, das neue Wirtschaftssystem anzunehmen, wird die offizielle Verlautbarung der Grenze erfolgen. Dann erst wird die Interalliierte Kommission von Oppeln Deutschland und Polen

Oberschlesien und Regierung.

Vor entscheidenden Entschlüssen.

Die Entscheidung über Oberschlesien wird heute mittag dem deutschen Botschafter in Paris überreicht. Das Reichskabinett wird sich also voraussichtlich noch heute nachmittag oder abend mit ihr beschäftigen. Es wird vor allem die Frage zu prüfen haben, was zur Wahrung der deutschen Interessen noch zu tun übrig bleibt. Darüber werden voraussichtlich schwerwiegende Beschlüsse zu fassen sein, und da der Friedensvertrag vorschreibt, daß die Neuregelung der Verhältnisse binnen Monatsfrist durchgeführt sein muß, dulden diese Beschlüsse keinen Aufschub.

Es wäre daher wünschenswert, daß sich das Kabinett ohne jede Ablenkung mit der Sache selbst beschäftigen kann. Ein Kabinett, das nicht weiß, ob es im Amt bleibt und ob nicht sein Nachfolger seine Beschlüsse wieder umstossen wird, kann nicht leisten, was jetzt zur Wahrung der deutschen Interessen geleistet werden muß. Eine Krise könnte nie ungelogener kommen als zur gegenwärtigen Zeit, würde sie sich lange hinziehen, so könnte sie zu den schwersten Schädigungen führen.

Die neue Aufgabe, also ist: Entweder die Aktionsfähigkeit der gegenwärtigen Regierung sofort festzustellen oder aber sofort eine neue aktionsfähige Regierung zu schaffen.

Man muß sich klar darüber sein, was man will. Will man einen Kurswechsel der äußeren und der inneren Politik, dann müssen auch die Personen wechseln. Will man einen solchen Kurswechsel aber nicht, dann ist alles Spinnsticken über Demission und Umbildung des Kabinetts Unsinn und grober Unfug.

Die einen sagen: Die Minister sollen demissionieren und dann alle wieder in ihre Ämter zurückkehren. Das wäre, gelinde ausgedrückt, eine leere Geste.

Die anderen meinen: Das Kabinett Wirth soll in die Verlebung verschwinden, um teilweise erneut, aber mit dem alten Programm wieder aufzutreten. Das würde aufen und innen Mißtrauen erregen. Man würde sagen: Ist das noch dieselbe Regierung mit demselben Programm oder ist sie es nicht? Von Grad und Art der Veränderung würde abhängen, wie diese Frage zu beantworten ist.

Die dritten rufen mit Hergt: „Die Regierung Wirth ist erledigt und muß erledigt bleiben.“ Was dann weiter kommt, ist ihnen ganz egal. Das sind die wahren „Nationalen“.

Der Reichstag trägt die Verantwortung dafür, ob ein politischer Kurswechsel eintritt oder ob, was vielleicht noch schlimmer wäre, der bloße Anschein eines Kurswechsels erregt wird, ohne daß ein solcher beabsichtigt ist. Diese Verantwortung verteilt sich auf die Parteien und, soweit sie dort vertreten sind, auf ihre Vertreter in der Regierung. Die Parteien müssen sich darüber klar sein, ob sie die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß das Kabinett Wirth jezt zu Fall kommt.

Die Sozialdemokratische Partei sieht die Möglichkeit eines Kurswechsels, der dem Reich von Nutzen sein kann, nicht und tritt daher für das Verbleiben der gegenwärtigen Regierung im Amt ein. Die Klarheit ihrer Stellungnahme ist über jeden Zweifel erhaben. Leider war das bisher die bürgerlichen Koalitionsparteien nicht der Fall. Aus ihren Reihen ist der Einwand erhoben worden, daß der Reichskanzler für den Fall einer ungünstigen Entscheidung seinen Rücktritt angekündigt habe. Und außerdem gibt es bei ihnen — oder gab es bis gestern — Taktiker, die in der Entscheidung über Oberschlesien die erwünschte Gelegenheit sahen, den Plan der verbreiterten Koalitionsbildung durchzuführen.

Wenn man sagt, das Ausland würde es nicht verstehen, wenn Wirth trotz der Antündigung seines Rücktritts im Amt bliebe, so ist darauf zu antworten: Das Ausland mit seinen alten parlamentarischen Gewohnheiten wird es ganz gut verstehen, daß eine Regierung im Amt bleibt, wenn ihr der Reichstag das Bleiben zur Pflicht macht.

Was aber die Verbreiterung der Koalitionsbasis betrifft, die zu einem ungünstigeren Augenblick gar nicht in Angriff genommen werden konnte, so dürfte der gestrige Beschluß der Deutschen Volkspartei, falls er sich bestätigt, volle Klarheit darüber schaffen. Danach hat sich die Deutsche Volkspartei nach anfänglichem Schwanken wieder ihrer Aufgabe als „Schwesterpartei“ der Fraktion Hergt erinnert und in den Ruf eingestimmt: „Das Kabinett Wirth ist erledigt und muß erledigt bleiben.“

Der Beschluß, in ein Kabinett Wirth auf keinen Fall einzutreten, würde eine Beurteilung der Politik, die das Kabinett Wirth getrieben hat, in Bausch und Bogen bedeuten, er würde besagen, daß die Deutsche Volkspartei eine ganz andere Politik wünscht. Die Sozialdemokratie könnte eine solche neue Politik nicht mitmachen — würden die bürgerlichen Koalitionsparteien es können? Jedenfalls müßten sie überlegen, daß diese neue Politik beide sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags in die schärfste Oppositionsstellung drängen könnte.

In Erwartung der Genfer Beschlüsse.

Reichstags-Sitzung Freitag oder Sonnabend.

Der A l t e s t e n r a t des Reichstages, an dessen heutiger Sitzung nicht der Reichskanzler, sondern der Reichsaußenminister Dr. Rosen teilnahm, hat über den Termin der Plenarsitzung des Reichstags beschlossen, daß der Präsident des Reichstags sich zunächst mit dem Reichskanzler darüber verständigen soll, wann dieser die Regierungserklärung über die Genfer Beschlüsse abgeben kann. Danach wird der Präsident den Termin der Sitzung bekanntgeben, er hofft schon heute abend hierzu instande zu sein. Die Plenarsitzung wird entweder am Freitag nachmittag oder Sonnabend vormittag stattfinden.

Wir wir ferner hören, nimmt der Reichsaußenminister an, daß im Laufe des heutigen Tages die amtliche Depesche unseres Pariser Botschafters eingehen wird und bis heute abend dechiffriert werden kann.

Hilfe für die Invaliden- und Unfallrentner.

Von der Presseabteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben: Auf eine Eingabe der Eisenbahnerverbände um Erhöhung der Bezüge aus der Invaliden- und Unfallversicherung hat der Reichsarbeitsminister jezt folgenden Bescheid erteilt:

„Der Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung notleidender Rentempfänger aus der Invalidenversicherung ist fertiggestellt und wird voraussichtlich dem Reichstag spätestens bei seinem demnächstigen Wiederzusammentritt vorgelegt werden. Ein weiterer Gesetzentwurf, der die Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung zum Gegenstand hat, ist in Vorbereitung.“

Wenn in dieser Antwort auch nicht gesagt ist, welche Leistungen die neuen Gesetze bringen werden, so geht doch so viel aus ihr hervor, daß mit Beschleunigung etwas getan werden soll, was angesichts der großen Notlage, in der sich die Rentenbezieher befinden, allerdings auch dringend notwendig ist.

Weitere Erholung des Marktkurses.

Nachdem gestern Kabel New York mit 171¼ notiert worden war, machte sich bereits im Nachmittagsverkehr zwischen den Banken eine starke Abschwächung der ausländischen Zahlungsmittel geltend. An der gestrigen New Yorker Börse wurde die Mark von 0,55 auf 0,62¼ herausgeholt. Heute vormittag wurden im Verkehr zwischen den hiesigen Börsen Dollarnoten mit 152 angeboten. Bei Beginn des offiziellen Verkehrs an der Börse stellte sich der Kurs auf 160. Er schwächte sich jedoch im weiteren Verlauf wieder etwas ab, so daß nunmehr der Dollar nahezu 40 M. unter dem höchsten Stand, den er am vergangenen Montag erreichte, gesunken ist.

Markhaufe in Rußland.

Während die Reichsmark in letzter Zeit allenthalben mit einer Geschwindigkeit sank, die für Deutschland eine Katastrophe zu werden drohte, erlebte sie in Sowjetrußland eine stürmische Haufe. Anfang dieses Jahres galt sie an den wilden (sogenannten grünen) Börsen Rußlands ungefähr 310 Sowjetrubel, stieg aber in den letzten Wochen bis auf 850 Sowjetrubel. Der Grund hierfür ist in der starken Nachfrage nach der deutschen Mark zu suchen. Wenn man bisher an den heimlichen Börsen in Moskau, Petersburg, Odeffa usw. im besten Fall Millionenumsätze an ausländischen Devisen erzielte, so werden jezt täglich Milliardenwerte (in Sowjetwährung) in Umlauf gebracht. Natürlich ist dieses Börsengeschäft in Rußland streng verboten. Um so bezeichnender ist es, daß sich gerade die Angestelltesten des Außenhandelskommissariats und die übrigen bolschewistischen Auslandsvertretungen mit derartigen Spekulationen beschäftigen. Der größte Spekulant und Käufer der Reichsmark ist aber jezt, wie das Nachrichtenblatt für Ostfragen“ mitteilt, die Sowjetregierung selbst. Sie erließ im September ein Dekret, das das Volkskommissariat der Finanzen u. a. beauftragt, den Ankauf von ausländischer Valuta vorzunehmen, wobei wohlgerneht allen Privatpersonen sowie allen anderen Behörden und Organisationen der Ankauf von ausländischer Valuta streng untersagt wird. Die Valutaspekulationen werden mithin Staatsmonopol der Sowjetregierung.

Das Kabinett Wirth ist aus Zentrumsleuten, Demokraten und Sozialdemokraten gebildet, es wurde von den Unabhängigen unterstützt, während die Deutsche Volkspartei eine unentschiedene Haltung einnahm und bald auf das Bein der Opposition, bald auf das der positiven Mitarbeit trat. Ein neues Kabinett, bestehend aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten, dem die beiden sozialdemokratischen Fraktionen feindselig gegenüberstünden, würde einen vollen Umschwung unserer außenpolitischen und innerpolitischen Verhältnisse mit unabsehbaren Folgen bedeuten.

Dass bei den bürgerlichen Koalitionsparteien die Abfahrt zu einem solchen Sprung ins Dunkle besteht, der auch für ihre eigenen Knochen gefährlich wäre, kann nicht angenommen werden. Fehlt aber die Abfahrt, ist zu vollziehen, so ist es höchste Zeit, die Krise für erledigt zu erklären und sich der Sache selber zuzuwenden. Vielleicht wird die Verkündung der Entscheidung auch manche Hamletmaturen darüber belehren, daß Oberschlesien und Deutschland keine Regierungskrisen, sondern Regierungstaten brauchen, daß keine Zeit ist zu taktischen Spekulationen und Manövern, sondern daß überlegt werden muß, was das Interesse der Bevölkerung Oberschlesiens und des ganzen deutschen Volkes zu tun gebietet.

Durch W.B. wird das folgende deutschsozialparteiliche Dementi verbreitet:

Der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ bringen heute früh die Mitteilung, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in der gestrigen Sitzung durch Mehrheitsbeschluß den Eintritt in ein Kabinett Wirth abgelehnt habe. Der „Vorwärts“ will sogar wissen, daß die Entscheidung gegen fünf Stimmen gefallen sei. Die Nationalliberale Korrespondenz stellt demgegenüber fest, daß die Fraktionsberatungen heute nachmittags fortgesetzt werden und daß in der gestrigen Sitzung irgendwelche Abstimmung nicht stattgefunden habe.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird also lebhaft bestritten, daß ein definitiver Beschluß gefaßt sei, nach dem die Partei in ein Kabinett Wirth auf keinen Fall eintreten werde. Sollte ein solcher Beschluß tatsächlich gefaßt sein, so steht doch fest, daß die Stimmung in der Fraktion gegenwärtig einem solchen Beschluß vollkommen entspricht.

Paris, 20. Oktober. (W.B.) Entgegen einer Pressemeldung, der deutsche Botschafter Dr. Mayer sei nach Berlin gereist, ist festzustellen, daß der deutsche Botschafter Paris nicht verlassen hat.

Ist Ihnen bekannt...?

Die 14 Punkte Wilsons und Ludendorff.

Dem deutschen Volke ist die Vorgeschichte des Zusammenbruchs von 1918 und des Waffenstillstandsangebots leider viel zu wenig bekannt. Infolgedessen hat hier die alldeutsche Presse unglaubliche Beschuldigungen erfinden können. So wird z. B. immer wieder behauptet, der dumme deutsche Michel sei auf die 14 Punkte des Präsidenten Wilsons hereingefallen. Seine blinde Vertrauensseligkeit sei durch die Einflüsse der Pazifisten usw. herbeigeführt worden. Wie beten das gedanklos nach. Ist Ihnen bekannt, daß am 2. Oktober 1918, 2 Uhr 40 Minuten nachmittags der Legationsrat v. Persner im Auftrage des Großen Hauptquartiers an den Legationsrat Dr. Jordan (Auswärtiges Amt) folgendes amtlich telephoniert hat:

General Ludendorff schlägt folgenden Wortlaut vor:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zweck Bevollmächtigte aller kriegführenden Staaten einzuladen.“

Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongresskammer vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen

aufgestellten Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen.

Im Anschluß hieran schlägt die deutsche Regierung den Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft vor und ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, den Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, schon jetzt herbeizuführen.“

General Ludendorff erklärt weiter: Die Oberste Heeresleitung setzt voraus, daß es sich nur um die bekannten 14 plus 4 Programmpunkte Wilsons handelt.

Dieses Telephonat ist in dem amtlichen deutschen Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes unter Nr. 30 veröffentlicht. Es ergibt mit unumstößlicher Klarheit, daß Ludendorff und die Oberste Heeresleitung diejenigen waren, die die Verhandlungen auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons aufbauen wollten. Nicht der dumme deutsche Michel hat an die 14 Punkte Wilsons geglaubt, sondern der sicher nicht positiv orientierte General Ludendorff!

Der zweite Thüringer Landtag.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Der zweite Thüringer Landtag ist am Freitag, nachdem er sieben öffentliche Plenarsitzungen abgehalten hat, vom Präsidenten vertagt worden. Das neue Ministerium ist nun vollständig, nachdem der unabhängige Bezirkschulrat Greif. Sera zum Minister für Volksbildung bestellt worden ist und der Wirtschaftsminister, Genosse Fröhlich, die Präsidialgeschäfte übernommen hat. An Arbeit fehlt es dem neuen Landtag nicht, da bei der Auflösung des ersten Landtages am 30. Juli eine große Anzahl von Gesetzen unfertig geblieben sind, darunter große Gesetze über Schulfragen, die Ausübung des Begräbnisrechtes, Behebung des Wohnungsmangels u. a. m.

Außer der Ausarbeitung dieser Gesetze hat der Thüringer Landtag wichtige Neuaufgaben zu erledigen. Das am 29. Juli vom alten Landtag abgelehnte Grundsteuergesetz muß wegen der Sicherstellung der Finanzen bald wieder eingebracht werden. Ferner muß in nächster Zeit die neue Kreiseinteilung vom Landtag verabschiedet werden, da die von den ehemaligen Thüringer Kleinstaaten übernommene Einteilung in einige 20 Kreise und Verwaltungsbezirke einer bedeutenden Vereinfachung und Vereinheitlichung bedarf. Sodann muß eine neue Stadt- und Landgemeindeordnung geschaffen werden. Die sozialistische Regierung wird trotz aller Sabotage der Reaktion diese Aufgaben erledigen.

In der verflochtenen kurzen Tagung wurden übrigens 4 1/2 Millionen Mark für Sozialrentner und 1 1/2 Millionen Mark für kleine Kapitalrentner als einmalige Unterstützung bewilligt. Eine weitere Million bewilligte der Landtag für die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten. Damit hat der Landtag gezeigt, daß seine sozialistische Mehrheit in sozialem Geist zu arbeiten gewillt ist.

Nur Kompetenzkonflikte wegen der Stadtverordnetenwahlen.

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet von zünftiger Seite folgende Mitteilung: Der Verfassungsausschuß des Staatsrats hat nicht beschlossen, daß die Berliner Stadtverordnetenwahlen und die Beschlüsse der provisorischen Stadtverordnetenversammlung ungültig seien, weil die Roterordnung nicht dem Staatsrat, sondern nur dem ständigen Ausschusse des Landtags vorgelegt sei. Der Ausschuss hat nur die Frage allgemein erörtert, ob derartige Roterordnungen Vorklagen nach Artikel 40 der Verfassung sind, die der Staatsrat zu begutachten habe, oder ob die Auffassung der Regierung richtig sei, daß Roterordnungen nach Artikel 55 nur dem ständigen Landtagsausschusse unter Umgehung des Staatsrats vorzulegen sind. Die Roterordnung über die Erhöhung der Beamtengehälter ist dem Staatsrat auch nicht vorgelegt worden. Der Staatsrat will die Gültigkeit der Roterordnungen nicht aberkennen, sondern nur den Kompetenzkonflikt durch den Staatsgerichtshof, der übrigens noch gar nicht besteht, schlichten lassen.

Der Präsident der belgischen Kammer, der Sozialist Brunet, hat sich mit den aus der Regierung ausgetretenen sozialistischen Ministern solidarisch erklärt und ist zurückgetreten.

Deswegen werde er gelobt und gehalten. Vielleicht erschöpfte diese große Flamme in ihm schon heute, da dies Jugendwerk verspätet auf das Deutsche Theater kommt. Dieses Theater hat selten mit dem höchsten Tempo des großen Talentes Schritt gehalten. Es nuhte dagegen gern Nebenerfolge aus, nachdem ein Dichter schon entdeckt oder sogar schon müde geworden war.

Gustav Hartung, in Darmstadt Intendant, führte die Gastregie. Er hatte zunächst nur ein Bühnenmodell herzurichten. Er tat es aber mit einer das Malerische vorzüglich treffenden Zucht. Er baute mit Treppen, Geländern und stehenden Bogen ein famoses Königszimmer. Er ließ, wahrscheinlich, weil der enge Raum in Darmstadt es so gebietet, Stufenwege ins Orchester hineinbauen. Diese Erweiterung der Bühne bringt aber stets mehr Hemmung als Bewegung. Man erstaunt, wie man schon bei Hartungs Reanregie erkannte, über die Empfindungslosigkeit des einbildungsreichen Regisseurs gegen falsche Töne. Ein Spielleiter von einiger Feinhörigkeit hätte niemals das stänbig gezeierter werdende Maulen der Frau Thimig gebildet, die als Prinzengeliebte durch Backfischgute ländigte. Früher war Frau Thimig die erfreulichste Zwischenstufe zwischen der Heroine und der Kriegerin. Jetzt redet gar kein Herz mehr, Routine redet nur noch. Der Regisseur hätte es ruhig wagen dürfen, Herrn Paul Hartmann am Anfang des Stückes zu dämpfen, obwohl er für die Rolle des Louis Ferdinand der prächtigste Künstler ist. Die streife Schönheit seiner Gestalt, die männliche Wärme seiner Stimme, all dieses Rhythmische, all dieses Helle gibt ihm unvergleichlichen Reiz. Nur lebt er es, vom ersten Worte an gleich eine Donnerbrust zu entladen, und dann bleibt die Erschaffung nicht aus. Max Hochdorf.

Der graue Mann in Holland. Lady Korah Bentinck gibt in ihrem Buche: „Der Kaiser im Exil“ ein Kapitel „Wie der Kaiser aussieht“, das durch die bürgerliche Presse wandert.

In diesem Absatz erzählt die Engländerin, wie der Kaiser an der Hochzeit der Tochter seines Gastfreundes mit seinem Adjutanten v. Hjemann teilnahm. Er war ganz in Grau gekleidet, preussische Feldmarschallsuniform; die Brust mit Orden zu bedecken hatte er nicht vergessen. Grau war das Haar, grau Schnurrbart und Bart, grau waren die Augen, grau selbst seine Gesichtsfarbe.

Stille ward auf dem Hochzeitstische, als der graue Mann eintrat, Sekunden totenhafter Grabesstille, die die Nerven der Hochzeitsgäste zitternd spannte.

Ob sie wohl die furchtbare Sprache dieser Stille verstanden, die Gäste? Ob sie sich der düsteren Tragik dieses grauen Schattens bewußt waren, der „Reis aufgeredt“ unter sie trat?

Der graue Mann selbst hat sicher nicht gemerkt, was er tat, als er zum ersten Male seit seiner Flucht die graue Uniform anzog. Er hat sicher nicht geahnt, daß er unter den Gästen stand wie die graue Schwärze, das er wirkte wie das entsetzlichste Gespenst: des grauen Gespenst des Krieges. Des Weltkrieges, der sein rotes Mal dreimal hinter den Namen: Wilhelm der Zweite geschrieben hat,

Bildung eines Linksblocks in Frankreich?

Paris, 19. Oktober. (Dena.) Unter der Bezeichnung „Liga der Republik“ hat sich eine neue Partei linksgerichteter Republikaner gebildet, die unter Führung der Abgeordneten Herriot, Painlevé und Deleierre steht. Von bekannten Parlamentariern sind der neuen Partei bisher beigetreten die Abgeordneten Benazet, Buisson, Daumergue, Hennessy, Aubriot, Brunet u. a. m. Ferner haben ihren Beitritt erklärt die Generale Verrault und Corrali, die Professoren Usard, Borel, Gabriel Scailles und Charles Richet. Das Parteiprogramm, das zwar offiziell noch nicht veröffentlicht worden ist, umfaßt die Herabsetzung der militärischen Lasten, die Verringerung der öffentlichen Ausgaben, gerechte Verteilung der Steuerlasten, die Organisierung des Industrie- und Handelskredits, die Schaffung eines Wirtschaftsrats, die Schaffung von Handwerkskammern, Einführung der Selbstverwaltung für die Kommunen, Einführung der Listenwahl für die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften und das Frauenstimmrecht bei den Gemeindevahlen. Im großen und ganzen kann man es als Ziel der neuen Partei bezeichnen, die Wiederherstellung eines geschlossenen Linksblocks gegenüber dem nationalen Block zu ermöglichen.

Seitdem die allgemeinen Wahlen vom 16. November 1919 eine erdrückende Mehrheit für die Reaktion ergeben haben, sind in dem damals sehr geschwächten linksrepublikanischen Lager Bestrebungen im Gange, um dem immer mehr in Mißkredit geratenen nationalen Block einen Linksblock entgegenzusetzen. Die hier gemeldete Gründung ist zweifellos von großer Wichtigkeit für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs in der nächsten Zukunft. Ein Umschwung im Sinne der Rückkehr zur alten, jahrzehntelang von der alten radikalsozialistischen Partei verkörperten linksrepublikanischen Tradition ist seit vielen Monaten in Frankreich unverkennbar. Ja, es hat sogar den Anschein, als ob Briand diesen Bestrebungen nicht feindselig gegenüberstehe und als ob er einen Teil des nationalen Blocks nach links hinüberziehen möchte. Gelingt ihm das, dann ist die neue Partei die Partei der Zukunft in Frankreich — bei der zum großen Teil selbstverschuldeten Schwäche der Sozialisten kann man dies leider einstweilen nicht von letzteren sagen — und das wäre in der Tat der gegenwärtig einzig denkbare Ausweg aus der Sackgasse, in die Frankreich und damit ganz Europa durch die Väter des „Nationalen Blocks“, Clemenceau und Millerand, gebracht worden ist.

Bemerkenswert ist für uns die Tatsache, daß auch die Führer der „Dissidenten“, Aubriot und Brunet, zu den Gründern dieser neuen bürgerlichen Partei zählen. Damit dürfte ihr Ausscheiden aus der Zweiten Internationale wohl automatisch erfolgen, in der sie nur sozusagen — aus Versehen aufgenommen wurden und für die sie eine ganz überflüssige moralische Belastung bildeten. Damit würde auch ein nicht unwesentliches Hindernis für den Wiederaufbau einer einzigen sozialistischen Internationale fortfallen.

Biel hängt nun für den Erfolg dieser neuen Bestrebungen, die zweifellos von den besten Köpfen des bürgerlich-fortschrittlichen Republikanismus getragen werden, vom Verhalten der französischen Sozialisten ab. Wir fühlen uns nicht befreit — im Gegensatz zu ihnen — ihnen Ratsschlüsse für ihre Haltung in interpolitischen Fragen zu erteilen. Rein referierend wollen wir aber unsere Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß der Nationale Block einst nur zustande kommen und seine unerhörten Erfolge nur erzielen konnte, weil ihm die damals geeinigten sozialistische Partei unter extremistischer Führung durch ihre sinnlosen bolschewistischen Wahlsprüche dazu verhalf. Jetzt haben sich die Sozialisten von den Kommunisten getrennt, aber die Gefahr einer Wiederholung dieses katastrophalen Fehlers besteht noch immer. Ohne ihren Klassenkampfcharakter zu verlieren, kann aber die sozialistische Partei sehr wohl gegenüber der neuen Partei Herriots und Painlevés die Haltung einnehmen, die einst Jaurès gegenüber den Radikal-Sozialisten empfahl, als es galt, die militaristische Reaktion niederzuschlagen.

Früh v. Unruh: „Louis Ferdinand“.

(Deutsches Theater.)

In Erfurt verarmt Friedrich Wilhelm III. seine Generale. Der König hat sein Heer gegen Napoleon mobilisiert, aber sein Entschluß steht fest, daß er die offene Schlacht nicht suchen wird. Da bringt Louis Ferdinand, des Königs Vetter, der musische Prinz, der mit Muszli und Kalern die Nächte vernebelt, ein Dokument. Napoleons Hand unterschrieb das Papier. Es lautet: Das Haus Brandenburg hat aufgehört zu existieren. Und die Offiziere, die eben getoilet und den Gang zum Maskenballfest beschließen haben, springen auf. Der Geist Friedrichs des Großen tritt unter sie, sichtbar nicht, aber jeder spürt ihn im Blut. Denn der greise Feldmarschall Hohenhausen, der den König sterben sah, beschwört den freibergerischen Geist. Preußens Armee, Preußens Ehre! Friedrich II. spricht aus dem Jenaischen. Die staubernen Kerzen des Festmahls sind fast ganz ausgelöscht. Da leisten alle Offiziere, Generale und junge, in die Hand des greisen Marschalls den neuen Eid gegen Napoleon.

Das ist die stärkste Szene dieses merkwürdigen Preußendramas, das Früh v. Unruh gedichtet hat. Bis zum Augenblicke dieses Verschwürerwahns entschließen die Menschen der Phantastie und Gestaltungskraft des Dramatikers. Nicht Schiller, nicht Kleist erfinden in seiner Kunst. Er versucht, zwischen den Stilen herumzuraucheln, die Miniatur mit der Plastik verwebend, die Preußengeschichte von 1806 nach seinem Sinne nachzuziehen. Und sein Sinn ist heroisch und romantisch. Er steht als treibende Energien dieser Geschichte einen preußischen, ländnerischen Napoleon und in Preußen dessen Anhänger, die richtigen Theaterkünstler gleichen. Darum werden Napoleons Feinde desto blendender, vor allem Prinz Louis Ferdinand, der bei Saalfeld sein Leben ließ. Dieser Prinz wird vom Dichter wirklich verklärt. Sie Sonne der Jugend, die ihm Unruh schenkt, gelangt auch zu dem Theaterpark. Weniger mag man schon die musische Herrlichkeit des Prinzen glauben, der sein kleines Liebesgeschick erlebt, der die Künstler an das Herz drückt, der beinahe die bei Friedrich Wilhelm erbärmlich aufgehobene Krone an sich gerissen hätte, und dann stirbt, ehe er sich noch von dem Königs- traum erholte. Es spricht für Unruh, daß er am stärksten wirkt, wo er die Archive der Geschichte am läutend fortwirft. Durch ganze Bilder, die er getreu malen möchte, hindert ihn die geschichtliche Gewissenhaftigkeit. Da ist er niemals Kleist, da kleistert er nur die kleinen Puppenbilder. Sobald er sich aber befreit und den Prinzen zur legendären Gestalt erhebt, verwandelt sich die Mühseligkeit in Begeisterung, die auf Flügeln schwingt. Wächelt man einige Stunden lang, so wendet man sich in den Schwärzen gern zu dem Trauer- ritter Unruh. Seit Adelsverstand, sein Preußenerstand, sein Geschichts- horizont sind enger und trüber als seine Dichterkraft. Etwas blindlings Stieglitzes waltet eben in seiner Poesie.

mag er den Krieg gewollt oder nicht gewollt haben. Ewig wird die Gestalt des großen Mannes in Holland vor schreierstarrten Menschenaugen stehen, ewig, bis es keine Menschen mehr gibt, keine Menschen, die stehend, stöhnend, leidend der Millionen gedenken, deren Gebeine zerrissen in der Erde modern. A. J.

Das Sowjet-Buchgewerbe. Die Sowjet-Regierung tut sich viel auf ihre Verdienste in geistiger und künstlerischer Beziehung zugute; aber auch in dieser Hinsicht hat sie trotz aller Anstrengungen keine gesunde Organisation aufbauen können. Das beweist der Bericht über das russische Buchgewerbe, der in der „Deutschen Berleger-Zeitung“ wiedergegeben wird. Vor dem Kriege gab es in ganz Rußland insgesamt über 1000 Druckereien. In der ganzen Industrie waren 80 000 Seher, Drucker und Hilfsarbeiter tätig. Jetzt ist das graphische Gewerbe sehr zurückgegangen. Rußland beschäftigt einschließlich der Grenzgebiete in diesem Gewerbe nur noch 39 092 Arbeiter, darunter 13 209 Seher. Die Gesamtzahl der vorhandenen Rotationsmaschinen betrug Ende 1920 168, wovon 78 nicht funktionierten. Der Bestand an Flachpressen beträgt 3414, von denen nur 2221 funktionieren.

Infolge der großen Aufgaben, die man der Volksausbildung in Rußland gestellt hat, und bei der stark anwachsenden Verbreitung der Elementarbildung ist die Nachfrage nach Büchern außerordentlich gestiegen. Der Volkswirtschaftsrat sucht daher das graphische Gewerbe sowie die Papierindustrie wieder aufzurichten und hat neue Maschinen im Ausland bestellt, will große Papiermengen im Ausland kaufen und hat in jüngerer Zeit die Erlaubnis zur Gründung von Druckereien erteilt. Vorläufig aber muß die Sowjet-Regierung zu Bücherbestellungen im Ausland ihre Zuflucht nehmen, und es sind große Aufträge an deutsche Druckereien vergeben worden. 43 Lehr- und populärwissenschaftliche Werke werden bereits in deutschen Druckereien gedruckt. Im Ganzen beläuft sich der Betrag für Druckereibestellungen in Deutschland bis jetzt auf 9 246 606 R.

Das Landestheater auf dem Jahrmärkte. In den Anfängen der deutschen Bühne erschienen die Komödianten auf Messen und Märkten, um dort ihr leichtes Schauerstück aufzuschlagen und die neuesten „erreglichen Komödien und köstlichen Tragedien“ vorzuführen. Dies uralte Vorbild hat nun das Döbener Bürger Landestheater, wie Lindemann in „Niederachsen“ berichtet, wieder aufgenommen. Mit einer Theaterbude erschien es auf dem Krämermarkt und führte „altdeutsche Volksspiele, Stücke von Hans Sachs u. a. auf. Das Landestheater machte damit dem Schund und Schmutz auf den Jahrmärkten erfolgreiche Konkurrenz.

Der Film in Japan. Interessante Mitteilungen über das Filmwesen in Japan enthält das letzte Heft der Zeitschrift „Sichtbild-Bühne“. Selbst in dem fernem Anferreich gibt es 10 Filmfabriken, die zum Teil mit mehreren Millionen Yen Kapital arbeiten. Die Frauenrollen in den Filmen werden meistens von Männern gespielt. Kinos gab es im Jahre 1918 362, die ständig, und 125, die nur zeitweise spielten. Das größte Theater hat 2000 Plätze. Alle Filme müssen vor ihrer Aufführung eine scharfe Zensur passieren, die allerdings neuerlich etwas gelockert worden ist. Personen unter 15 Jahren dürfen nur besonders hierfür genehmigte Filme ansehen.

Die harmlosen Deutschnationalen.

Auch in der Mittwochsabend-Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtages erlebte Herr Stegerwald noch nicht das Vergnügen, den Etat des Staatsministeriums bemittelt zu sehen. Wieder gab es eine große politische Aussprache, in welcher der Abgeordnete v. Drögander die Deutschnationalen als eine Partei der Harmlosen hinzustellen versuchte, unschuldig an der Ermordung Erzbergers und völlig ohne Wissen um den Rapp-Bußch. Er hatte aber das Pech, daß Genosse Otto Braun u. a. feststellte, daß H. v. S. Jagow, den die Deutschnationalen unmöglich abschütteln könnten.

Schon 14 Tage vor dem Rapp-Bußch

im Kasino des 1. Garderegiments einen der vortragenden Räte im preussischen Landwirtschaftsministerium gefragt hat, ob er im Falle einer schnellen Umwälzung bereit sei, den Posten des Reichspräsidenten in Breslau anzunehmen. Im übrigen entwarf Genosse Braun unter allgemeiner Heiterkeit ein Bild von der „parteilosen Sachlichkeit“ der preussischen Beamten im alten Staate, auf die Drögander ein hohes Lied gesungen hatte. Unser Redner stellte fest, daß gegenüber dieser sogenannten parteilosen Sachlichkeit die sozialdemokratischen Beamten von heute, denen man Parteilichkeit vorwarf, geradezu glänzend hervorstechen. Die Genossen Lüdemann, Krüger und Peters-Hochmann verabschiedigten Brauns Darlegungen und brachten reiches Material zum Beweise dafür bei, daß die Deutschnationalen die moralische Mitschuld an der Ermordung Erzbergers nicht leugnen können. In die Debatte griff auch Ministerpräsident Stegerwald ein, nachdem von bürgerlicher Seite noch die Volksparteier Wiemer und v. Campe sowie der Demokrat Hoff gesprochen hatten. Zwei Punkte aus der Rede Stegerwalds interessieren allgemein. Dem

preussischen Staatsrat.

den v. Drögander wieder einmal als notwendig bezeichnet hatte, gab der Ministerpräsident eine recht schlechte Rote. Er erkannte an, daß der Staatsrat der schnellen Erledigung wichtigster Vorlagen usw. hindernd im Wege steht. Im November, wenn der Staatsrat wieder zusammentritt, soll darüber mit den „retardierenden Elementen“ beraten werden. Auf Anfrage von Zentrumsseite über die Zuständigkeit der

Zentralstelle der Gläubiger des Reichs

teilt der Ministerpräsident mit, daß die Stelle nur begutachtende Befugnisse habe. Die Zentralstelle sei jetzt aber anscheinend der Auffassung, daß die Länder nicht ohne Mitwirkung der Zentralstelle unmittelbar miteinander über Gebietsaustausche und dergleichen verhandeln dürften. Ein solcher Anspruch sei aus den Vorgängen ihrer Entstehungsgeschichte nicht gerechtfertigt. Ohne Widerspruch stellt der Ministerpräsident fest, daß von Preußen ein solcher Anspruch unter keinen Umständen anerkannt werden könne. — Am Sonnabend Spezialberatung des Etats des Ministerpräsidenten.

Lloyd George zur Arbeitslosenfrage.

London, 19. Oktober. (W.B.) Lloyd George hielt heute nachmittags seine mit Spannung erwartete Unterhausrede über die Arbeitslosenfrage. Er sagte, das Land mache die härteste Periode von Arbeitslosigkeit seit 200 Jahren durch. Im gegenwärtigen Augenblick seien in England 1 750 000 Erwerbslose. Die größte Arbeitslosigkeit herrsche in der Metallindustrie. Die Ursache hierfür sowie für die Störung der Handlungsmaschinerie und die Schwankungen der Wechselkurse liege in dem Wort „Krieg“ zusammengefaßt werden. Zwei Arten von Politik seien möglich. Entweder tue der Staat nichts oder er biete, soweit es ihm seine beschränkten Mittel gestatten, Unterstützung. Niemand treibe ernstlich für die erste Politik ein. Sie würde, ganz abgesehen von Erwägungen menschlicher Art, nicht klug sein. Die Regierung empfehle ohne Zögern die zweite Politik. Es entspreche nicht den Tatsachen, daß die Regierung bisher nichts unternommen habe. Lloyd George gab eine Uebersicht über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung des Handels und zur Behebung der Erwerbslosigkeit u. a. durch Förderung der

Anstellung von Kriegsteilnehmern

in den verschiedenen Dominions des britischen Reiches. Der Premierminister erklärte, die Regierung werde weitere 300 000 Pfund Sterling beantragen, um mehr Kriegsteilnehmern die Auswanderung zu ermöglichen. Lloyd George sagte, die Behauptung, daß für Rußland genügend Arbeit vorhanden sei, um für jedermann Erwerb zu schaffen, sei vollkommen irreführend, denn der Handel, der unter dem englisch-russischen Handelsabkommen in der Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 31. August zwischen Rußland und England getätigt worden sei, belaufe sich auf 3 150 000 Pfund Sterling.

Der Premierminister fuhr fort, es beständen zweifellos Anzeichen, die auf ein Wiederaufleben einiger der wichtigsten englischen Industrien deuteten, andererseits gebe es einige wichtige Handelszweige, die keinerlei Besserung aufwiesen. Das Beste, was man hoffen könne, sei eine langsame und gleichmäßige Besserung. Inzwischen würde Erwerbslosigkeit in großem Umfang bestehen, und man müsse sich entsprechend einrichten. England sei ein Ausfuhrland und hänge von Ueberseehandel mehr als irgendein anderes Land unter der Sonne ab. Soweit der Handel in Betracht komme, beruhe Englands Interesse an seiner Wiederherstellung in einem Wiederaufleben des Handels, der Industrie und der Kaufkraft im Ausland. Denn daß englische Waren benötigt würden, darüber herrsche kein Zweifel. Die Regierung beabsichtige,

den Exportkreditplan abzuändern.

Es sei klar, daß weder der Exporteur noch der Importeur auf einer „akrobatischen Grundlage“ der Wechselkurse aufbauen könne. Die Regierung sei zu der Einsicht gekommen, daß das Risiko viel größer sei, wenn sie die Hand in den Schoß lege und nichts tue. Es sei geplant, die Garantie für die Kaufkraft von 85 auf 100 Prozent zu erhöhen und für jede Fabrik ein Maximum festzusetzen, das von einem beratenden Komitee bestimmt werden solle. Bisher sollte das Exportkreditsystem nur auf die Länder Anwendung finden, deren Kredit durch den Krieg so gut wie zerstört sei. Deut wurde vorgeschlagen, den Exportkreditplan auch auf die anderen Länder, einschließlich des britischen Reiches, anzuwenden. Es bestehe kein Zweifel daran, daß die Produktionskosten zu hoch seien. Die Regierung würde für neues Kapital für Unternehmungen, wie z. B. Eisenbahnen und Elektrizitätsanlagen, die bestimmt seien, das Erwerbsleben zu regeln, die Bezahlung der Zinsen unter gewissen Bedingungen garantieren. Nach dem Plane sollte jedoch die gesamte Garantie des Staates die Summe von 25 Millionen Pfund Sterling nicht übersteigen.

Lloyd George fährt fort: Die politische Unruhe hindert den Handel am Wiederaufleben. Ein Beispiel dafür bietet Deutschland, wo

das ungeheure Fallen der Mark.

das bereits drei Wochen andauert, keiner wirtschaftlichen Ursache zuschreiben ist. Wenn politische Unruhen vorherrschen sind oder militärische Buße drohen, kann der Handel nicht wieder aufgebaut werden. Wir müssen uns von einer Atmosphäre freimachen, in der man nicht als Patriot gilt, wenn man über Deutschland ohne Stürmchen spricht. Großbritannien tritt für Frieden und Ruhe ein. Was auch immer über unsere Motive im Ausland gesagt werden möge, wir haben keine anderen. Sowohl zwischen den Nationen als auch zwischen den Volksklassen muß guter Wille zur Zusammenarbeit bestehen.

Asquith trat dafür ein, daß die ganze Frage der internationalen Verschuldung und die der Reparationen erneuert erwogen werden sollten. Er begrüßte das kürzlich abgeschlossene deutsch-französische Abkommen über die Lieferung von Maschinen und Wiederaufbaumaterial als ein gutes Beispiel dafür, wie der Reparationsprozeß mit der geringsten Störung des normalen Verlaufs des internationalen Handels vor sich gehen könnte.

Der neue Bahnhof Friedrichstraße

Fertigstellung des ersten Teils im Frühjahr 1922.

Die Arbeiten zum Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße sind seit einigen Monaten in rascherem Fortschreiten. Der ständige Eindruck, den der Witzbegierige auf der Straße oder auf der Stadtbahn von der hinter Bauzäunen verborgenen Baustätte erhob, mag noch immer der eines Anfangsstadiums sein. Aber bei einer Besichtigung, die gestern Präsident Wulff von der Eisenbahndirektion Berlin für die Vertreter der Presse veranstaltet hatte, konnten wir uns davon überzeugen, daß die Hoffnung, den ersten Bauteil im Frühjahr 1922 zu vollenden, nicht unberechtigt ist.

Die Einrichtung für den Stadtbahnverkehr.

Die an der Nordseite vorgenommene Erweiterung des Bahnhofs, die zuerst fertig werden muß, wird künftig den Stadtbahnverkehr aufnehmen. Dann kann der bisherige Stadtbahnsteig dem Fernverkehr zugewiesen werden, der damit zwei Bahnsteige zur Verfügung haben wird. Der neue 290 Meter lange Stadtbahnsteig erhält einen Zu- und Abgang östlich der Friedrichstraße, der auf dem Bahnkörper über die Friedrichstraße hinweg zum Bahnsteig führt und später auch mit der Untergrundbahn Nord-Süd verbunden wird, ferner einen Zu- und Abgang in der Spreckbrückerweiterung, der vom Schiffbauerdamm und vom Reichstagsufer zu erreichen ist, weiter einen Zugang an der östlich der Friedrichstraße gelegenen Ecke, von der nördlichen Zufahrtsstraße her und schließlich einen besonderen Abgang nach der nördlichen Zufahrtsstraße und nach der Georgenstraße.

Ueber dem neuen Stadtbahnsteig wird zunächst noch ein hölzernes Dach errichtet, das erst später, während der Bahnsteig schon in Benutzung ist, durch die geplante eiserne Dachkonstruktion ersetzt werden kann. Diese wird eine Spannweite von 19 Metern haben, während die Ueberdachung der Fernbahnsteighalle eine Spannweite von 36 Metern haben wird. Die Außenfront der Stadtbahnsteighalle wird in dunklen Eisenklammern ausgeführt, die durch eingestiegte Terracotta verziert werden. Die alte Außenfront der Fernbahnsteighalle bleibt in ihrem unteren Teil unverändert. Beide Hallen werden in ihren oberen Teilen hauptsächlich aus Glas bestehen, damit reichliche Lichtzuführung möglich wird.

Der durch die Erweiterung des Bahnhofs erzielte Raumgewinn gestattet eine klare Trennung des Stadtverkehrs vom Fernverkehr auch in den unteren Räumen, eine Zusammenfassung der Warterräume und die Schaffung ausreichender Räume für die Gepäckabfertigung. Der Plan, in den unteren Räumen des alten Bahnhofssteigs die Steinbögen durch Eisenstützen zu ersetzen, um noch mehr Platz zu schaffen, hat wegen Mangel an Mitteln aufgegeben werden müssen. Aus demselben Grunde muß auch in der Fernbahnsteighalle die Höherlegung der alten Bahnsteige unterbleiben.

Ein Turmhaus als Dienstgebäude.

Zur Schaffung von Büroräumen nicht nur für die Eisenbahnverwaltung selber, sondern auch für die Post, die Polizei, die

Jiu-Jitsu „für den Ernstfall“.

Der Berliner Selbstschutzbund (E. G. m. b. H.), von dem man noch nicht genau weiß, wieweit er arbeiterfreundlich oder feindselig ist, hatte gestern seine Mitglieder in die Hohenzollern-Festhalle (Charlottenburg) eingeladen, wo der bekannte Jiu-Jitsu-Meister und Polizei-Instruktor Erich Kahn den Mitspielern zeigen mußte, „wie es im Ernstfalle gemacht wird“. Es ist möglich, daß diese neue europäische Erziehungsmethode nötig ist, in einer Zeit, in der Kriegskrieger zur Ehre ihres Vaterlands langsam an ihren Stößen dahersinken, während Schieber und Scheichhändler in eiligen Autos vorbeifahren. Und ich habe Hochachtung für die phänomenalen Leistungen des noch nie besiegten Meisters Kahn, der Respektanten mit spielender Leichtigkeit vor sich abwehrt und selbst einen so starken Ringkämpfer von Klasse, wie den Dänen Erichsen, „im Handumdrehen“ mit Rierendruck und Halswürgegriff, am gestrigen Abend kampfunfähig machte. Aber sagen Sie, Herr Kahn, — ist solcher Selbstschutzbund nur gut für beamtete und mehr oder weniger gutbetrieuerte Bürger? Könnte nicht auch mal der Fall eintreten, daß der Arbeiter, der aufrecht, für alle schaffende Arbeiter, — der Angegriffene ist? Herr Kahn wird sich daher, denke ich mir, ein Verdienst um Staat und Ordnung schaffen können, wenn er auch diesen aufrechten Arbeitern in irgendeinem größeren Saal zeigen würde, wie den Rivalen derer der Selbstschutzbund (E. G. m. b. H.) in den Hohenzollernfesthalle. Der gebildete Arbeiter lernt alles Staatennotwendige ja schließlich auch ganz gern und es ist meine Meinung, daß auf ihm doch im hauptsächlichen der Bestand und die Sicherheit der verfassungsmäßigen Regierung fußt.

Im übrigen ist zu melden, daß Herr Kahn sich viel Beifall holte, den er, mit seiner Schule, auch redlich verdient hatte. F. J.

Die reaktionäre Sabotage des Berliner Schulwesens.

Das Provinzialschulkollegium hilft.

Der Sturm auf gegen die sozialistischen Rektoren, die in einigen der Berliner Verwaltungsbezirke 1 bis 6 aus den von den Bezirksämtern vollzogenen Rektorenwahlen hervorgegangen waren, hat den Reaktionären einen Erfolg gebracht. Die Hoffnung der Drahtzieher des ganzen Kreises, daß ihnen Hilfe durch einen Eingriff des Provinzialschulkollegiums kommen werde, ist nicht getäuscht worden. Die Verfügung der Berliner Schulverwaltung vom 11. Oktober, die den neugewählten Rektoren die Anweisung gab, ihre Ämter sofort zu übernehmen, ist vom Provinzialschulkollegium ohne Begründung aufgehoben worden.

Zum zweitenmal hat also diese staatliche Behörde, wahrscheinlich infolge einseitiger Informationen, sich zu einer Handlung entschlossen, die geeignet ist, das Ansehen der städtischen Schulverwaltung zu schädigen. Nach mündlichen Erklärungen wäre der neue Eingriff erfolgt, weil jene Verfügung der Schulverwaltung gegen den herkömmlichen Brauch und gegen die Rechte der Schulaufsichtsbehörde verstoßen hätte. Im „Vorwärts“ ist bereits (in Nr. 499) gesagt worden, daß sich die städtische Schuldeputation streng innerhalb ihres Pflichtbereiches gehalten und Brauch und Gesetz peinlich beobachtet hat. Wir finden, daß die Rolle, die das Provinzialschulkollegium in diesem Streite um die Rektoren spielt, sehr eigenartig ist. Gegen die bereits im Frühjahr vollzogenen Rektorenwahlen kam im Sommer die Verfügung des Provinzialschulkollegiums, daß die Bezirksämter 1 bis 6 über die Besetzung der Stellen zu befinden haben. Der Magistrat hielt auf Antrag der Schuldeputation die Wahlen aufrecht, aber der Oberbürgermeister beanstandete diesen Beschluß, und dem Magistrat blieb dann nur übrig, sich der Auffassung des Provinzialschulkollegiums anzuschließen. Was dann aber einige Bezirksämter sozialistische Rektoren wählten, was das den Reaktionären, denen der Wahlvorgang durch die Bezirksämter vorher so erstrebenswert schien, auch wieder nicht recht. Jetzt kommt neue Hilfe vom Provinzialschulkollegium, das nun die sofortige Amtsübernahme für unzulässig erklärt.

Eigentlich sind es nicht nur formelle Erwägungen, von denen aus

BBB, wird ein besonderes Dienstgebäude für nötig gehalten, das auf der Südseite neben dem Droßkenthalerhof errichtet werden soll und sich an die Fernbahnsteighalle anlehnen würde. Geplant ist, den Mittelteil des Dienstgebäudes als Turmhaus auszugestalten, das nach dem einen Projekt 10 Stockwerke, nach einem anderen sogar

18 Stockwerke

erhalten und 68 Meter hoch werden soll. Das mächtig aufragende Bauwerk, dessen Ausführung freilich sehr von der Kostenfrage abhängt, wäre eine architektonische Bereicherung des Stadtbilds und ein weithin sichtbares Wahrzeichen dieses wichtigen Verkehrspunktes.

Die Gesamtkosten des Umbaus

waren nach dem ersten Plan von 1910 auf 2 Millionen Mark, nach einem erweiterten Plan von 1912 auf 11 Millionen Mark berechnet worden. Der jetzt zur Ausführung kommende Entwurf hat wegen Geldmangels sich im wesentlichen dem Plan von 1910 nähern müssen, er wird aber nunmehr rund 50 Millionen Mark erfordern.

Die Notwendigkeit dieser Bahnhofsvermehrung ergibt sich aus den Verkehrsziffern, die jetzt schon wieder sehr denen der Zeit vor dem Kriege ähnlich sind. Auf der Stadtbahn verkehren täglich über die Ferngleise in beiden Richtungen etwa 150 Züge, über die Stadtgleise in beiden Richtungen etwa 750 Züge. Stadt- und Fernverkehr zusammen bringen dem Bahnhof Friedrichstraße täglich einen Zu- und Abgang von etwa 80 000 Reisenden.

Erweiterung des Platzkartenvorverkaufs.

Mit dem Fahrplanwechsel, der in diesem Jahre erst am 26. d. M. stattfindet, wird auch eine Neuerung im Verkauf der Platzkarten auf den Berliner Bahnhöfen zur Durchführung gelangen. Von diesem Tage an werden zu sämtlichen Schnellzügen, die vom Stettiner und Görlitzer Bahnhof abfahren, Platzkarten im Vorverkauf ausgegeben. Damit können für alle Schnellzüge mit Ausnahme derjenigen, die Berlin von den Stadtbahnstationen aus verlassen, bereits drei Tage vor dem Reisetage Plätze für die Reisenden belegt werden. Der Vorverkauf findet bei allen amtlichen Reisebüros (den Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros) statt, wenn entweder die entsprechende Fahrkarte gleichzeitig gelöst oder aber bei der Lösung der Platzkarte vorgelegt wird. Die Platzkarten kosten 6 M. in der 1., 4 M. in der 2. und 2 M. in der 3. Klasse. Der Vorverkauf zu den Schnellzügen ab Stettiner und Görlitzer Bahnhof beginnt am 23. Oktober für die am 26. von Berlin abfahrenden Schnellzüge.

Wie wir hören, sollen auch die Platzkarten für die von der Stadtbahn in beiden Fahrrichtungen (nach dem Osten wie auch nach dem Westen) abfahrenden Züge wieder eingeführt werden. Da es sich hierbei jedoch um eine verhältnismäßig große Anzahl von Zügen handelt, für die die Platzkartenserien, Verkaufskarten usw. gedruckt werden müssen, so wird immerhin noch einige Zeit vergehen.

das Provinzialschulkollegium die „Rechte“ der Schulaufsichtsbehörde wahren zu müssen glaubt. Nunmehr wird das Provinzialschulkollegium, wie es in einer Befragung mit Vertretern der städtischen Schulverwaltung zugesagt hat, lediglich in der bisher üblichen Weise die persönliche Eignung der Bewähnten prüfen“. Da werden wir wohl unser blaues Wunder erleben.

Wo herrscht der stärkste Fuhrwerkverkehr?

Interessante Aufschlüsse hat im September eine sich auf einen vollen Tag von vierundzwanzig Stunden erstreckende Zählung des Fuhrwerkverkehrs an 11 Hauptpunkten Charlottenburgs ergeben, die im Vergleich zum Vorjahre die ungeheure Steigerung des Fuhrwerkverkehrs von 29 278 auf 48 106, also von 164 Prozent ergab. Hierbei ging der Verkehr der Pferdelaufwerke von 2656 im Vorjahre um rund 6 Prozent zurück, während die Zahl der leichten Fuhrwerke in diesem Jahre 12 351 betrug, d. i. 14 Prozent mehr als im Vorjahre und der Automobilverkehr mit 33 264 Wagen sogar eine Steigerung von über 104 Prozent aufwies. Der Rückgang des Laftfuhrwerkverkehrs läßt sich wohl auch hauptsächlich darauf zurückführen, daß der Lastautomobilverkehr immer mehr in Aufnahme gekommen ist. Die Lastautomobile sind unter den Automobilen mitgezählt. Den größten Anteil am Verkehr hatte der Kurfürstendamm (zwischen Kurfürststraße und Gedächtniskirche) mit 9873 Fuhrwerken insgesamt, darunter 7825 Automobile. Darauf folgte der Kurfürstendamm (zwischen Leibniz- und Gieselerstraße) mit 6400 bzw. 5023, die Berliner Straße (zwischen Stadtbahn und Charlottenburger Brücke) mit 5798 bzw. 5757, die Lauenhainstraße (zwischen Morburger Straße und Gedächtniskirche) mit 5427 bzw. 5727, die Mittelallee (zwischen Kleist- und Kurfürststraße) mit 5397 bzw. 4206 und die Bismarckstraße (zwischen Knie und Neue Grolmannstraße) mit 5368 bzw. 3759 Fuhrwerken. In zweiter Linie kamen dann die Joachimsthaler Straße (zwischen Hardenberg- und Rantstraße) mit 2794 Fuhrwerken, hierunter 1919 Automobile, die Schloßbrücke mit 2308 bzw. 941, die Berliner Straße (vor dem Rathaus) mit 1755 bzw. 906, die Wilmersdorfer Straße (zwischen Rantstraße und Stutzarter Platz) mit 1633 bzw. 885 und schließlich die Sophie-Charlottenstraße (nördlich der Spandauer Straße) mit 1333 bzw. 226 Fuhrwerken.

Eine große pazifistische Kundgebung findet heute abend 7 1/2 Uhr in Reutal in der Aula des Realschulums in der Kaiser-Friedrich-Straße 208 statt, einberufen vom Bund religiöser Sozialisten. Die Tagesordnung lautet: Staatsabsolutismus und Kriegsdienstverweigerung. Es werden sprechen Dr. Jäschke vom Bund religiöser Sozialisten, Dr. Pohl von der Deutschen Friedensgesellschaft, Ritter Fleischer von der englisch-amerikanischen Quäkerkommission, Axel Wetter vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer und Parzer Bieler von der Vereinigung für Religion und Völkerverständnis.

Die Preisermäßigung der Zirkone ist laut Beschluß der Verbände von Groß-Berlin ab 15. Oktober festgesetzt. Der Mindestpreis für Kisten beträgt demnach 1,50 M., für Haarschnitten 5 M., für Damen das Frisieren 4 M. und mit Kopfwäsche 10 M. Die anderen Preisermäßigungen sind gleichfalls dementsprechend erhöht worden.

Jungsozialistischer Treppow. Der für heute angelegte Vortrag des Gen. Kelle läßt sich durch Teilnahme am Kubmann-Abend im Treppower Rathaus, Treffpunkt 1/2, 7 Uhr vor dem Jugendheim, Eisenstr. 8, Beginn 1/2, 9 Uhr.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und vielmal heiter, vorübergehend härter bewölkt bei mäßigen südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SB. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Sp. 121 06-10.

Komm. Jugendbörse! Die angelegte Mitg. Reberer-Sammlung für heute abend wegen Verhinderung des Genossen Dornier-Ersterband aus.

